

FICHE AMENDEMENT

Proposition d'amendement à l'Article III-174bis

Déposée par Monsieur de Villepin

Qualité : - Membre

Un article sur les «Soins Transfrontaliers »
(soit complétant l'ex-article 42 soit autonome)

« 1. L'Union encourage les Etats membres, dans le cadre de la coordination mise en place entre les régimes nationaux de protection sociale, à coopérer afin d'améliorer l'offre de soins de qualité et de favoriser la complémentarité de leurs structures de soins, notamment dans les régions frontalières.

2. L'Union encourage les Etats membres à développer des accords de coopération entre leurs structures de soins, afin de permettre aux patients relevant du système de protection sociale d'un Etat membre de bénéficier de soins de qualité dispensés dans un autre Etat membre, dans le respect des principes suivants :

- a) la solidarité entre les structures concernées, en considération des règles d'organisation et de gestion propres à chaque système national de santé ;
 - b) la disponibilité effective de l'offre de soins adéquate dans un autre Etat membre, au regard notamment des capacités des établissements concernés relevant du système local de soins de santé;
l'égalité entre les patients du traitement médical mis en œuvre dans la structure où les soins sont dispensés ».
-

Explication éventuelle :

FICHE AMENDEMENT

Proposition d'amendement à l'Article III-174bis

Déposée par Monsieur de Villepin

Qualité : - Membre

Un article sur les «Soins Transfrontaliers »
(soit complétant l'ex-article 42 soit autonome)

« 1. L'Union encourage les Etats membres, dans le cadre de la coordination mise en place entre les régimes nationaux de protection sociale, à coopérer afin d'améliorer l'offre de soins de qualité et de favoriser la complémentarité de leurs structures de soins, notamment dans les régions frontalières.

2. L'Union encourage les Etats membres à développer des accords de coopération entre leurs structures de soins, afin de permettre aux patients relevant du système de protection sociale d'un Etat membre de bénéficier de soins de qualité dispensés dans un autre Etat membre, dans le respect des principes suivants :

- a) la solidarité entre les structures concernées, en considération des règles d'organisation et de gestion propres à chaque système national de santé ;
 - b) la disponibilité effective de l'offre de soins adéquate dans un autre Etat membre, au regard notamment des capacités des établissements concernés relevant du système local de soins de santé;
l'égalité entre les patients du traitement médical mis en œuvre dans la structure où les soins sont dispensés ».
-

Explication éventuelle :

FICHE AMENDEMENT

Proposition d'amendement à l'Article:

III-174

Déposée par Monsieur:

Joachim Wuermeling, Peter Altmaier

Qualité:

suppléants

<i>Texte du Praesidium</i>	<i>Amendement proposé</i>
<p>(1) Bei der Festlegung und Durchführung aller politischen Konzepte und Maßnahmen der Union wird ein hohes Gesundheitsschutzniveau sichergestellt.</p> <p>Die Tätigkeit der Union ergänzt die Politik der Mitgliedstaaten und ist auf die Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung, die Verhütung von Humankrankheiten und die Beseitigung von Ursachen für die Gefährdung der menschlichen Gesundheit gerichtet. Sie umfasst die Bekämpfung weit verbreiteter schwerer Krankheiten; dabei werden die Erforschung der Ursachen, der Übertragung und der Verhütung dieser Krankheiten sowie die Gesundheitsinformation und -erziehung gefördert.</p> <p>Die Union ergänzt die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Verringerung drogenkonsumbedingter Gesundheitsschäden einschließlich der Informations- und Vorbeugungsmaßnahmen.</p> <p>(2) Die Union fördert die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in den in diesem Artikel genannten Bereichen und unterstützt erforderlichenfalls deren Tätigkeit.</p> <p>Die Mitgliedstaaten koordinieren untereinander im Benehmen mit der Kommission ihre Politik und ihre Programme in den in Absatz 1 genannten Bereichen. Die Kommission kann in enger Verbindung mit den Mitgliedstaaten alle Initiativen ergreifen, die dieser Koordi-</p>	<p>(1) Bei der Festlegung und Durchführung aller politischen Konzepte und Maßnahmen der Union wird ein hohes Gesundheitsschutzniveau sichergestellt.</p> <p>Die Tätigkeit der Union ergänzt die Politik der Mitgliedstaaten und ist auf die Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung, die Verhütung von Humankrankheiten und die Beseitigung von Ursachen für die Gefährdung der menschlichen Gesundheit gerichtet. Sie umfasst die Bekämpfung weit verbreiteter schwerer Krankheiten; dabei werden die Erforschung der Ursachen, der Übertragung und der Verhütung dieser Krankheiten sowie die Gesundheitsinformation und -erziehung gefördert.</p> <p>Die Union ergänzt die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Verringerung drogenkonsumbedingter Gesundheitsschäden einschließlich der Informations- und Vorbeugungsmaßnahmen.</p> <p>(2) Die Union fördert die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in den in diesem Artikel genannten Bereichen und unterstützt erforderlichenfalls deren Tätigkeit.</p> <p>Die Mitgliedstaaten koordinieren untereinander im Benehmen mit der Kommission ihre Politik und ihre Programme in den in Absatz 1 genannten Bereichen. Die Kommission kann in enger Verbindung mit den Mitgliedstaaten alle Initiativen ergreifen, die dieser Koordi-</p>

nierung förderlich sind.	nierung förderlich sind.
(3) Die Union und die Mitgliedstaaten fördern die Zusammenarbeit mit dritten Ländern und den für das Gesundheitswesen zuständigen internationalen Organisationen.	(3) Die Union und die Mitgliedstaaten fördern die Zusammenarbeit mit dritten Ländern und den für das Gesundheitswesen zuständigen internationalen Organisationen.
(4) Europäische Gesetze oder Rahmengesetze tragen zur Verwirklichung der Ziele dieses Artikels bei, indem Maßnahmen festgelegt werden, die es ermöglichen, die gemeinsamen Sicherheitsherausforderungen anzunehmen, insbesondere:	(4) Europäische Gesetze oder Rahmengesetze tragen zur Verwirklichung der Ziele dieses Artikels bei, indem Maßnahmen festgelegt werden, die es ermöglichen, die gemeinsamen Sicherheitsherausforderungen anzunehmen, für:
a) Maßnahmen zur Festlegung hoher Qualitäts- und Sicherheitsstandards für Organe und Substanzen menschlichen Ursprungs sowie für Blut und Blutderivate; diese Maßnahmen hindern die Mitgliedstaaten nicht daran, strengere Schutzmaßnahmen beizubehalten oder einzuführen;	a) Maßnahmen zur Festlegung hoher Qualitäts- und Sicherheitsstandards für Organe und Substanzen menschlichen Ursprungs sowie für Blut und Blutderivate; diese Maßnahmen hindern die Mitgliedstaaten nicht daran, strengere Schutzmaßnahmen beizubehalten oder einzuführen;
b) abweichend von [ex-Artikel 37] Maßnahmen in den Bereichen Veterinärwesen und Pflanzenschutz, die unmittelbar den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung zum Ziel haben.	b) abweichend von [ex-Artikel 37] Maßnahmen in den Bereichen Veterinärwesen und Pflanzenschutz, die unmittelbar den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung zum Ziel haben.
Die Europäischen Gesetze oder Rahmengesetze werden nach Anhörung des Ausschusses der Regionen und des Wirtschafts- und Sozialausschusses erlassen.	Die Europäischen Gesetze oder Rahmengesetze werden nach Anhörung des Ausschusses der Regionen und des Wirtschafts- und Sozialausschusses erlassen.
(5) Durch Europäische Gesetze oder Rahmengesetze können auch Fördermaßnahmen, die den Schutz und die Verbesserung der menschlichen Gesundheit zum Ziel haben, unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten festgelegt werden. Sie werden nach Anhörung des Ausschusses der Regionen und des Wirtschafts- und Sozialausschusses erlassen.	(5) Durch Europäische Gesetze oder Rahmengesetze können auch Fördermaßnahmen, die den Schutz und die Verbesserung der menschlichen Gesundheit zum Ziel haben, unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten festgelegt werden. Sie werden nach Anhörung des Ausschusses der Regionen und des Wirtschafts- und Sozialausschusses erlassen.
(6) Für die in diesem Artikel genannten Zwecke kann der Rat ferner auf Vorschlag der Kommission Empfehlungen abgeben.	(6) Für die in diesem Artikel genannten Zwecke kann der Rat ferner auf Vorschlag der Kommission Empfehlungen abgeben.

(7) Bei der Tätigkeit der Union im Bereich der Gesundheit der Bevölkerung wird die Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Organisation des Gesundheitswesens und die medizinische Versorgung in vollem Umfang gewahrt. Insbesondere lassen die Maßnahmen nach Absatz 4 Buchstabe a die einzelstaatlichen Regelungen über die Spende oder die medizinische Verwendung von Organen und Blut unberührt.	(7) Bei der Tätigkeit der Union im Bereich der Gesundheit der Bevölkerung wird die Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Organisation des Gesundheitswesens und die medizinische Versorgung in vollem Umfang gewahrt. Insbesondere lassen die Maßnahmen nach Absatz 4 Buchstabe a die einzelstaatlichen Regelungen über die Spende oder die medizinische Verwendung von Organen und Blut unberührt.
---	---

Begründung:

Inhaltlich findet sich in Art. III-174 Abs. 4 im Hinblick auf die Gesundheitsaufgaben eine gravierende Änderung im Vergleich zu ex-Art. 152 des EGV: Die bisher geltende Bestimmung enthielt eine abschließende Aufzählung der Maßnahmen der Union. Nunmehr sind diese Maßnahmen aber nur beispielhaft aufgeführt (Einfügung des Wortes „insbesondere“ vor der Aufzählung). Hierin sehen wir das Einfallstor für eine Erweiterung der Kompetenzen der EU, die aufgrund ihrer Unbestimmtheit in ihrem Umfang nicht abgeschätzt werden kann.

FICHE AMENDEMENT

Proposition d'amendement à l'Article : Nouveau article, Partie III, Titre X

Déposée par Messieurs : Ernâni Lopes, Giorgos Katiforis

Qualité : - Membre et Suppléant

PARTIE III

TITRE X

LE TOURISME

Art. X

- 1. L'Union Européenne contribuera au développement du tourisme en tant que secteur fondamental à la croissance économique, l'emploi, la qualité de vie des populations, le développement régional ainsi que la mise en valeur de l'environnement et de la culture. D'autre part, l'Union Européenne stimulera la coopération entre les Etats membres et pourra, le cas échéant, coordonner, soutenir et compléter son action dans ce secteur.**
- 2. L'action de l'Union devra suivre les objectifs suivants:**
 - rendre plus simple et facile l'échange et distribution d'information, notamment para le biais du recours aux nouvelles technologies;**
 - améliorer la formation, afin d'élever la compétence technique de l'industrie du tourisme;**
 - adopter certains indicateurs dans le but de créer un système de qualité pour le tourisme;**
 - promouvoir la protection de l'environnement, ainsi que la définition de critères de développement durable, ayant pour but de renforcer la compétitivité du tourisme européen;**
 - promouvoir le dialogue entre le secteur publique, l'industrie touristique ainsi que d'autres parties intéressées, notamment dans le cadre d'un Forum Européen à réaliser anuellement.**

Explication éventuelle :

Par rapport à notre proposition pour l'article 13, Partie I, Titre III, nous proposons l'inclusion de ce nouveau article dans la Partie III.

L'inclusion d'une base juridique sur cette matière représentera, dès lors, un élément (primordial) important pour le développement durable de l'industrie du tourisme en Europe et pour le renforcement de la compétitivité respective.

D'autre part, cela permettrait de consolider la reconnaissance politique de l'importance du tourisme pour le tissu économique et social de l'Union Européenne, notamment pour ce qui est des contributions au développement économique et à la création d'emploi.

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : III-174, paragraph 1

Part III of the Constitutional Treaty

By Ms. Dybkjær

Status : - Member **X Alternate**

<i>Article III-174, paragraph 1</i>	<i>Amendment</i>
<p>1. A high level of human health protection shall be ensured in the definition and implementation of all the Union's policies and activities.</p> <p>Action by the Union, which shall complement national policies, shall be directed towards improving public health, preventing human illness and diseases, and obviating sources of danger to human health. Such action shall cover the fight against the major health scourges, by promoting research into their causes, their transmission and their prevention, as well as health information and education.</p> <p>The Union shall complement the Member States' action in reducing drugs-related health damage, including information and prevention.</p>	<p>1. A high level of human health protection shall be ensured in the definition and implementation of all the Union's policies and activities.</p> <p>Action by the Union, which shall complement national policies, shall be directed towards improving public health, preventing human illness and diseases, and obviating sources of danger to human health. Such action shall cover the fight against the major health scourges, <i>including inter personal violence and in particular violence against women</i>, by promoting research into their causes, their transmission and their prevention, as well as health information and education.</p> <p>The Union shall complement the Member States' action in reducing drugs-related health damage, including information and prevention.</p>

Explanation (if any) :

Violence is a leading worldwide public health problem. The prevention of violence is a prerequisite of human security and dignity. EU action is urgently needed to prevent all forms of violence, in particular violence against women, in order to protect women's human rights, and to reduce the consequences for the health of women, men and children, and for socio-economic development.

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article 174 (1-4)

Suggestion for Part: III

By Ms / Mr : **G.M. de Vries**
 T.J.A.M. de Bruijn

Status : **Member** **Alternate**

1. A high level of human health protection shall be ensured in the definition and implementation of all the Union's policies and activities.

Action by the Union, which shall complement national policies, shall be directed towards improving physical and mental public health, preventing human illness and diseases, and obviating sources of danger to human health. Such action shall cover the fight against the major health scourges, by promoting research into their causes, their transmission and their prevention, as well as health information and education.

The Union shall complement the Member States' action in reducing drugs-related health damage, including information and prevention, as well as to combat and prevent communicable diseases and to protect consumers on health and nutrition.

2. The Union shall encourage cooperation between the Member States in the areas referred to in this Article and, if necessary, lend support to their action.

Member States shall, in liaison with the Commission, coordinate among themselves their policies and programmes in the areas referred to in paragraph 1. The Commission may, in close contact with the Member States, take any useful initiative to promote such coordination.

3. The Union and the Member States shall foster cooperation with third countries and the competent international organisations in the sphere of public health.

4. A European law or framework law shall contribute to the achievement of the objectives referred to in this Article by establishing measures enabling common safety concerns to be met, in particular:

(a) measures setting high standards of quality and safety of organs and substances of human origin, blood and blood derivatives; these measures shall not prevent any Member State from maintaining or introducing more stringent protective measures;

(b) by way of derogation from [Article III-122 (ex 370)], measures in the veterinary and phytosanitary fields, including food safety, which have as their direct objective the protection of public health;

The European law or framework law shall be adopted after consulting the Economic and Social Committee and the Committee of the Regions.

Explanation (if any):

The Netherlands would like to introduce nutrition, consumer health protection and combat against and prevention of communicable diseases to be introduced in the Treaty.

FICHE AMENDEMENT

Proposition d'amendement à l'article III. 174 (ex-article 152-TCE)

Déposée par Madame Anne Van Lancker, Roger Briesch, Olivier Duhamel, Carlos Carnero - Gonzalez, Ben Fayot, Ornella Paciotti, Pervenche Beres, Maria Berger, , Caspar Einem

Qualité : - Membre

Article I. 174 – Santé publique (ex-Article 152 CE)

~~1. — Un niveau élevé de protection de la santé humaine est assuré dans la définition et la mise en oeuvre de toutes les politiques et actions de l'Union. L'action de l'Union, qui complète les politiques nationales, porte sur l'amélioration de la santé publique et la prévention des maladies et des affections humaines et des causes de danger pour la santé humaine.~~

~~Cette action comprend également la lutte contre les grands fléaux, en favorisant la recherche sur leurs causes, leur transmission et leur prévention ainsi que l'information et l'éducation en matière de santé.~~

~~L'Union complète l'action menée par les États membres en vue de réduire les effets nocifs de la drogue sur la santé, y compris par l'information et la prévention.~~

~~2. — L'Union encourage la coopération entre les États membres dans les domaines visés au présent article et, si nécessaire, elle appuie leur action.~~

~~Les États membres coordonnent entre eux, en liaison avec la Commission, leurs politiques et programmes dans les domaines visés au paragraphe 1. La Commission peut prendre, en contact étroit avec les États membres, toute initiative utile pour promouvoir cette coordination.~~

~~3. — L'Union et les États membres favorisent la coopération avec les pays tiers et les organisations internationales compétentes en matière de santé publique.~~

~~4. — La loi ou la loi-cadre européenne contribue à la réalisation des objectifs visés au présent article en établissant des mesures qui permettent de faire face aux enjeux communs de sécurité, notamment :~~

~~a) des mesures fixant des normes élevées de qualité et de sécurité des organes et substances d'origine humaine, du sang et des dérivés du sang; ces mesures ne peuvent empêcher un État membre de maintenir ou d'établir des mesures de protection plus strictes;~~

~~b) par dérogation à [l'ex article 37], des mesures dans les domaines vétérinaire et phytosanitaire ayant directement pour objectif la protection de la santé publique;~~

~~La loi ou la loi-cadre européenne est adoptée après consultation du Comité des régions et du Comité économique et social.~~

~~5. La loi ou la loi-cadre européenne peut également établir des mesures d'encouragement visant à protéger et à améliorer la santé humaine, à l'exclusion de toute harmonisation des dispositions législatives et réglementaires des États membres. Elle est adoptée après consultation du Comité des régions et du Comité économique et social.~~

~~6. Aux fins énoncées dans le présent article, le Conseil, sur proposition de la Commission, peut également adopter des recommandations.~~

~~7. L'action de l'Union dans le domaine de la santé publique respecte pleinement les responsabilités des États membres en matière d'organisation et de fourniture de services de santé et de soins médicaux. En particulier, les mesures visées au paragraphe 4, point a), ne portent pas~~

atteinte aux dispositions nationales relatives aux dons d'organes et de sang ou à leur utilisation à des fins médicales.

article I. 126 (bis) Santé publique (ex-Article 152 CE)

1. L'Union contribue à un niveau élevé de santé physique et mentale par la prévention des causes de danger pour la santé humaine et par la lutte contre les grands fléaux revêtant une dimension européenne. Elle complète et coordonne les politiques nationales dans ce domaine.¹

2. L'Union respecte pleinement les responsabilités des États membres en matière d'organisation et de fourniture des services de santé et de soins médicaux. En particulier, les mesures visées au paragraphe 4, point a), ne portent pas atteinte aux dispositions nationales relatives aux dons d'organes et de sang ou à leur utilisation à des fins médicales.

3. En application de l'article I.16, l'Union encourage la coopération entre les États membres axée sur l'amélioration de la santé et la prévention des maladies et des affections humaines et des causes de danger pour la santé humaine:

- a) la lutte contre les grands fléaux, en favorisant la recherche sur leurs causes, leur transmission et leur prévention ainsi que l'information et l'éducation en matière de santé;**
- b) la lutte contre les menaces et les risques graves pour la santé.**

L'Union adopte des recommandations dans les domaines visés au présent paragraphe et, si nécessaire, elle appuie l'action des États membres par des actions d'encouragement visant à protéger et à améliorer la santé humaine.

4. En application de l'article I.13, le Parlement européen et le Conseil, conformément à la procédure législative, contribuent à la réalisation des objectifs visés au présent article, lorsque l'effet au niveau européen est significatif, en adoptant:

- a) les mesures nécessaires pour prévenir les causes graves de danger pour la santé humaine ou les maladies et affections humaines;**
- b) les mesures de lutte contre les menaces pour la santé, y compris les maladies transmissibles et la dissémination volontaire d'agents biologiques ou chimiques.²**

¹ Si elles ne sont pas remplacées par d'autres dispositions dans le traité constitutionnel, deux clauses devraient être ajoutées à ce paragraphe (voir l'exposé des motifs): "Un niveau élevé de protection de la santé humaine est assuré dans la définition et la mise en œuvre de toutes les politiques et actions de l'Union." et "L'Union et les États membres favorisent la coopération avec les pays tiers et les organisations internationales compétentes en matière de santé publique, y compris par la conclusion d'accords internationaux conformément à la procédure visée à [l'article 300]".

² S'il n'est pas remplacé par d'autres dispositions dans le traité constitutionnel, le point "c) par dérogation à [l'article 37], des mesures dans les domaines vétérinaire et phytosanitaire ayant directement pour objectif la protection de la santé publique." devrait être ajouté à ce paragraphe (voir l'exposé des motifs).

Explication éventuelle :

Nous proposons que l'article soit insérer après l'article 126, en effet les compétences en matière de santé publique ne se limitent pas aux "domaines où l'Union peut décider de mener une action de coordination, de complément et d'appui".

Cet article fixe les objectifs de l'Union dans le secteur de la santé publique (paragraphe 1). La responsabilité principale de leur réalisation incombe aux États membres (paragraphe 2). Toutefois, conformément aux articles I.13 et I.16 du Traité constitutionnel, il convient de fixer les compétences respectives des États membres et de l'Union. Aussi, la coopération entre l'Union et les États membres et, le cas échéant, des mesures d'encouragement pourraient s'avérer nécessaires dans un vaste éventail d'actions (paragraphe 3). De plus, l'Union peut être amenée à entreprendre une coordination législative en adoptant des mesures strictement nécessaires (paragraphe 4).

Paragraphe 1

Ce paragraphe fixe le principal objectif selon deux axes (la prévention et la lutte) en combinaison avec une liste de compétences partagées et d'appui prévues dans la partie I de la Constitution (articles 13 et 16).

L'objectif général d'un "niveau élevé de santé physique et mentale" tient compte du débat du groupe de travail XI de la Convention (voir les paragraphes 21 et 31). La santé constitue l'objectif global et devrait être l'objectif de l'article, en lieu et place de la "santé publique", notion plus restreinte sans définition concertée dans l'Union et sans ligne de démarcation précise par rapport à la "santé" proprement dite. ("Santé publique" est toutefois conservé dans le titre dans un souci de cohérence avec le traité existant.) Ce paragraphe précise le rôle de l'Union compte tenu de la subsidiarité, l'Union "contribuant" à la réalisation de l'objectif poursuivi et agissant uniquement lorsqu'il existe une dimension européenne. Cela s'applique à l'ensemble de l'action de l'Union dans ce domaine et rend inutiles des limites spécifiques sur les types de mesures qui peuvent être adoptées.

La deuxième phrase met en place le double rôle consistant à compléter les politiques nationales et à les coordonner. Elle remplace l'ancienne deuxième phrase du paragraphe 2 qui envisageait la coordination entre les États membres en liaison avec la Commission, ce qui ne convient pas dans un contexte relatif à l'Union. Le projet d'article précise toutefois le rôle de soutien de l'Union et le respect des responsabilités des États membres en matière d'organisation et de fourniture des services de santé et de soins médicaux (paragraphe 2).

Paragraphe 2

Ce paragraphe précise le principe du respect des responsabilités des États membres en ce qui concerne leurs systèmes de santé. Il n'est plus limité à l'action dans le domaine de la santé publique pour faire apparaître clairement qu'il s'agit d'une obligation générale de l'Union dans son ensemble, compte tenu d'arrêts récents de la Cour relatifs à la libre circulation des services de santé. La deuxième phrase provient de l'actuel article 152; elle implique *a contrario* que les dispositions en cause sont normalement couvertes par le paragraphe 4, point a).

Paragraphe 3

Alors que le paragraphe 1 énonce l'objectif, le paragraphe 3 prévoit les actions à entreprendre en coopération avec les États membres. Le deuxième alinéa du paragraphe 3 indique les moyens de

réaliser les actions prévues au premier alinéa: par des recommandations si elles sont conservées dans le traité constitutionnel et, dans le cas contraire, par d'autres instruments à préciser. Le cas échéant, des actions d'encouragement (à savoir le financement de programmes) peuvent aussi être adoptées pour réaliser les objectifs énoncés au premier alinéa. Cela correspond à la disposition actuelle de l'article 152, sans la référence à "l'exclusion de toute harmonisation des dispositions législatives et réglementaires des États membres". Cette référence est redondante, les actions d'encouragement consistant en mesures de financement qui, par définition, n'englobent pas l'harmonisation des dispositions législatives et réglementaires des États membres. L'harmonisation est d'ailleurs déjà exclue par l'article I.16, dernier paragraphe. En tant que telle, une référence à l'harmonisation est non seulement inutile, mais elle induirait même en erreur. En effet, elle impliquerait que l'on puisse, dans le cadre de mesures d'encouragement, procéder à une harmonisation, ce qui n'est clairement pas le cas. Cette disposition permettrait d'appuyer des activités de coopération telles que le programme d'action dans le domaine de la santé publique.

Le texte révisé ne comporte pas de référence spécifique à l'action menée en vue de réduire les effets nocifs de la drogue sur la santé. L'action dans ce domaine est prise en compte dans le texte de l'article et une référence spécifique est inutile; sa suppression ne signifie en aucun cas que le problème a perdu en importance.

L'idée directrice est d'englober toutes les menaces pour la santé, qu'il s'agisse des maladies transmissibles en tant que telles, d'accidents ayant des conséquences sanitaires majeures ou de la dissémination volontaire d'agents chimiques ou biologiques. De ce fait, il est plus clair de se référer simplement aux menaces et risques graves pour la santé. L'expérience actuelle du syndrome respiratoire aigu sévère (SRAS) et de la transmission de l'influenza aviaire à l'homme montre l'impossibilité d'anticiper toutes les maladies et épidémies potentielles. Par conséquent, il est fondamental de disposer de clauses suffisamment générales, applicables aux événements futurs imprévus.

Paragraphe 4

Le point a) est destiné à fournir une base - générale, mais strictement limitée - pour les mesures destinées à réaliser les objectifs visés dans l'article. Il tient également compte des paragraphes 21, 31 et 35 du rapport du groupe de travail XI de la Convention qui plaident en faveur de dispositions au niveau européen pour faire face à un certain nombre de développements importants pour lesquels les États membres seuls ne peuvent pas relever valablement le défi et dans les cas où le progrès scientifique se traduit par de nouveaux défis qui ne font pas l'objet de dispositions en matière de santé. Ce point a) autoriserait par exemple des actions destinées à faire face à des problèmes de santé généraux tels que l'obésité, le poids corporel et la nutrition. L'exigence d'un effet significatif au niveau européen confirme la référence à "une dimension européenne" du paragraphe 1.

Le point b) prévoit une base pour les mesures qui concernent expressément les menaces pour la santé. Il tient compte des paragraphes 21, 31 et 35 du rapport du groupe de travail XI de la Convention européenne, favorables à la constitution d'une base juridique suffisante pour l'action de l'UE en matière de maladies transmissibles et de bioterrorisme. Il diffère du point a) par un champ d'application plus étroit (expressément axé sur les menaces pour la santé), mais aussi par l'éventail élargi des activités qu'il autorise (toute activité contribuant à la lutte contre les menaces pour la santé, par exemple la constitution de stocks de vaccins ou la surveillance de maladies transmissibles).

Autres aspects

Clause d'intégration: l'actuel article 152 comporte une "clause d'intégration" selon laquelle un niveau élevé de protection de la santé humaine est assuré dans la définition et la mise en œuvre de toutes les politiques et actions de la Communauté. Dans son rapport à la Convention (CONV 618/03), le groupe de travail conjoint des services juridiques observe que "cette disposition, d'application horizontale pour toutes les politiques, pourrait être regroupée en un seul article avec d'autres du même type", de sorte qu'elle n'a pas été reprise dans le projet modifié. Toutefois, en l'absence d'un article unique de ce type, la clause d'intégration devrait être réintroduite dans le paragraphe 1 de l'article révisé conformément au texte de la note.

Aspects internationaux: la coopération avec les pays tiers et les organisations internationales et la conclusion d'accords internationaux devraient faire l'objet de dispositions horizontales de la Constitution, regroupant toutes les politiques, y compris la santé publique.

Si le projet de Constitution ne prévoit pas de disposition pour la dimension internationale des politiques de l'Union, il y aurait lieu de réintroduire une clause au paragraphe 1 de l'article révisé conformément au texte de la note.

Domaines vétérinaires et phytosanitaires: les compétences d'action dans ces domaines devraient être prévues au titre des dispositions relatives à la politique agricole. Si ces dispositions ne devaient pas apparaître dans le projet de Constitution, l'article 152, paragraphe 4, point b) actuel devrait être réintroduit dans l'article révisé, sous la forme d'un nouveau paragraphe 4, point c), conformément au texte de la note.

Références spécifiques non reprises de l'actuel article 152: le présent projet révisé (et en particulier le paragraphe 4, point a)) ne reprend pas la référence de l'actuel article 152 à la fixation de normes élevées de qualité et de sécurité des organes et substances d'origine humaine, du sang et des dérivés du sang étant donné qu'elle est couverte par cette disposition et serait inutilement précise. La référence de l'actuel article 152 au fait que "ces mesures ne peuvent empêcher un État membre de maintenir ou d'établir des mesures de protection plus strictes" n'est pas reprise non plus étant donné que la décision devrait être prise sur la base des mesures spécifiques concernées. Enfin, les "mesures" au titre du paragraphe 3 sont supposées englober les recommandations, qui constituent un instrument approprié dans un domaine de compétence partagée. Par conséquent, la référence expresse aux recommandations qui figure dans l'article 152 existant n'est pas reprise, mais il y aurait lieu de reconsidérer la question si le terme "mesures" dans ce contexte ne devait pas couvrir les recommandations.

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article III–174 (ex article 152), part III of the Constitution

By Ms / Mr : Teija Tiilikainen, Antti Peltomäki, Kimmo Kiljunen, Jari Vilén, Hannu Takkula and Esko Helle

**Status : Tiilikainen, Kiljunen, Vilén - Members
Peltomäki, Takkula and Helle - Alternates**

Article III–174 (ex Article 152)

1. A high level of human health protection shall be ensured in the definition and implementation of all the Union's policies and activities.

Action by the Union, which shall complement national policies, shall be directed towards improving public health, preventing human illness and diseases, and obviating sources of danger to human health. Such action shall cover the fight against the major health scourges, by promoting research into their causes, their transmission and their prevention, as well as health information and education.

The Union shall complement the Member States' action in reducing drugs-related health damage, including information and prevention.

2. The Union shall encourage cooperation between the Member States in the areas referred to in this Article and, if necessary, lend support to their action.

Member States shall, in liaison with the Commission, coordinate among themselves their policies and programmes in the areas referred to in paragraph 1. The Commission may, in close contact with the Member States, take any useful initiative to promote such coordination.

3. The Union and the Member States shall foster cooperation with third countries and the competent international organisations in the sphere of public health.

4. A European law or framework law shall contribute to the achievement of the objectives referred to in this Article by establishing measures enabling common safety concerns to be met, in particular:

- (a) measures setting high standards of quality and safety of organs and substances of human origin, blood and blood derivatives; these measures shall not prevent any Member State from maintaining or introducing more stringent protective measures;
- (b) by way of derogation from [Article III–122 (ex 37)], measures in the veterinary and phytosanitary fields which have as their direct objective the protection of public health;

- (c) **measures aiming at prevention and control of harmful public health effects of tobacco and alcohol; these measures shall not prevent any Member State from maintaining or introducing more stringent protective measures.**

The European law or framework law shall be adopted after consultation of the Economic and Social Committee and the Committee of the Regions.

5. A European law or framework law may also establish incentive measures designed to protect and improve human health, excluding any harmonisation of the laws and regulations of the Member States. It shall be adopted after consultation of the Committee of the Regions and the Economic and Social Committee.

6. For the purposes set out in this Article, the Council, on a proposal from the Commission, may also adopt recommendations.

7. Union action in the field of public health shall fully respect the responsibilities of the Member States for the organisation and delivery of health services and medical care. In particular, measures referred to in paragraph 4(a) shall not affect national provisions on the donation or medical use of organs and blood.

Explanation (if any) :

Both tobacco and alcohol have serious public health impacts proven by firm scientific evidence. The harmful impacts can be reduced, for example, by harmonising the regulations concerning marketing, sales and labelling of these otherwise freely moving products. We consider that such harmonisation should be made possible with a public health legal basis.

FICHE AMENDEMENT

Proposition d'amendement à l'Article:	III-174 (ex 152)
Déposée par Monsieur:	Erwin Teufel
Qualité:	Membre

Texte du Praesidium

(4) Europäische Gesetze oder Rahmengesetze tragen zur Verwirklichung der Ziele dieses Artikels bei, indem Maßnahmen festgelegt werden, die es ermöglichen, den gemeinsamen Sicherheitsanliegen Rechnung zu tragen, insbesondere:

a) Maßnahmen zur Festlegung hoher Qualitäts- und Sicherheitsstandards für Organe und Substanzen menschlichen Ursprungs sowie für Blut und Blutderivate; diese Maßnahmen hindern die Mitgliedstaaten nicht daran, strengere Schutzmaßnahmen beizubehalten oder einzuführen;

b) abweichend von [Artikel III-122 (ex-37)] Maßnahmen in den Bereichen Veterinärwesen und Pflanzenschutz, die unmittelbar den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung zum Ziel haben.

Amendement proposé

(4) Europäische Gesetze oder Rahmengesetze tragen zur Verwirklichung der Ziele dieses Artikels bei, indem **folgende** Maßnahmen festgelegt werden, die es ermöglichen, den gemeinsamen Sicherheitsanliegen Rechnung zu tragen, ~~insbesondere:~~

a) Maßnahmen zur Festlegung hoher Qualitäts- und Sicherheitsstandards für Organe und Substanzen menschlichen Ursprungs sowie für Blut und Blutderivate; diese Maßnahmen hindern die Mitgliedstaaten nicht daran, strengere Schutzmaßnahmen beizubehalten oder einzuführen;

b) abweichend von [Artikel III-122 (ex-37)] Maßnahmen in den Bereichen Veterinärwesen und Pflanzenschutz, die unmittelbar den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung zum Ziel haben.

Begründung:

Die Aufzählung der Maßnahmen darf nicht von dem Wort „insbesondere“ eingeleitet werden, weil dieses in der deutschen Rechtssprache zur Folge hat, dass die Aufzählung nur beispielhaft ist, so

dass die Zuständigkeit in der Gesundheitspolitik zukünftig umfassend wäre. Dies ist wohl nicht beabsichtigt und widerspräche auch eindeutig dem Auftrag des Nizza-Vertrages an den Konvent (Erklärung zur Zukunft der Union, Nr. 5): „eine Vereinfachung der Verträge mit dem Ziel, diese klarer und verständlicher zu machen, ohne sie inhaltlich zu ändern.“

Es scheint sich hier um ein sprachliches Problem zu handeln, das aus der Übersetzung der Wörter „notamment“ bzw. „in particular“ resultiert. Die Übersetzung müsste eher „nämlich“ oder „und zwar“ lauten. Vorzuziehen ist jedoch die Formulierung des bisherigen Artikels 152 EG-Vertrag, der einfach von den „folgenden Maßnahmen“ spricht.

Proposition d'amendement à l'article III. 174 (ex-article 152-TCE)

Déposée par M. Louis Michel, M. Elio di Rupo, Mme Anne Van Lancker, membres de la Convention et M. Pierre Chevalier et Mme Marie Nagy, membres suppléants de la Convention

Qualité : - Membre

Article I. 174 – Santé publique (ex-Article 152 CE)

~~1. — Un niveau élevé de protection de la santé humaine est assuré dans la définition et la mise en oeuvre de toutes les politiques et actions de l'Union. L'action de l'Union, qui complète les politiques nationales, porte sur l'amélioration de la santé publique et la prévention des maladies et des affections humaines et des causes de danger pour la santé humaine.~~

~~Cette action comprend également la lutte contre les grands fléaux, en favorisant la recherche sur leurs causes, leur transmission et leur prévention ainsi que l'information et l'éducation en matière de santé.~~

~~L'Union complète l'action menée par les États membres en vue de réduire les effets nocifs de la drogue sur la santé, y compris par l'information et la prévention.~~

~~2. — L'Union encourage la coopération entre les États membres dans les domaines visés au présent article et, si nécessaire, elle appuie leur action.~~

~~Les États membres coordonnent entre eux, en liaison avec la Commission, leurs politiques et programmes dans les domaines visés au paragraphe 1. La Commission peut prendre, en contact étroit avec les États membres, toute initiative utile pour promouvoir cette coordination.~~

~~3. — L'Union et les États membres favorisent la coopération avec les pays tiers et les organisations internationales compétentes en matière de santé publique.~~

~~4. — La loi ou la loi cadre européenne contribue à la réalisation des objectifs visés au présent article en établissant des mesures qui permettent de faire face aux enjeux communs de sécurité, notamment :~~

~~a) des mesures fixant des normes élevées de qualité et de sécurité des organes et substances d'origine humaine, du sang et des dérivés du sang; ces mesures ne peuvent empêcher un État membre de maintenir ou d'établir des mesures de protection plus strictes;~~

~~b) par dérogation à [l'ex article 37], des mesures dans les domaines vétérinaire et phytosanitaire ayant directement pour objectif la protection de la santé publique;~~

~~La loi ou la loi cadre européenne est adoptée après consultation du Comité des régions et du Comité économique et social.~~

~~5. La loi ou la loi cadre européenne peut également établir des mesures d'encouragement visant à protéger et à améliorer la santé humaine, à l'exclusion de toute harmonisation des dispositions législatives et réglementaires des États membres. Elle est adoptée après consultation du Comité des régions et du Comité économique et social.~~

~~6. Aux fins énoncées dans le présent article, le Conseil, sur proposition de la Commission, peut également adopter des recommandations.~~

~~7. L'action de l'Union dans le domaine de la santé publique respecte pleinement les responsabilités des États membres en matière d'organisation et de fourniture de services de santé et de soins médicaux. En particulier, les mesures visées au paragraphe 4, point a), ne portent pas~~

~~atteinte aux dispositions nationales relatives aux dons d'organes et de sang ou à leur utilisation à des fins médicales.~~

Article I. 126 (bis) Santé publique (ex-Article 152 CE)

1. L'Union contribue à un niveau élevé de santé physique et mentale par la prévention des causes de danger pour la santé humaine et par la lutte contre les grands fléaux revêtant une dimension européenne. Elle complète et coordonne les politiques nationales dans ce domaine.¹

2. L'Union respecte pleinement les responsabilités des États membres en matière d'organisation et de fourniture des services de santé et de soins médicaux. En particulier, les mesures visées au paragraphe 4, point a), ne portent pas atteinte aux dispositions nationales relatives aux dons d'organes et de sang ou à leur utilisation à des fins médicales.

3. En application de l'article I.16, l'Union encourage la coopération entre les États membres axée sur l'amélioration de la santé et la prévention des maladies et des affections humaines et des causes de danger pour la santé humaine:

- a) la lutte contre les grands fléaux, en favorisant la recherche sur leurs causes, leur transmission et leur prévention ainsi que l'information et l'éducation en matière de santé;**
- b) la lutte contre les menaces et les risques graves pour la santé.**

L'Union adopte des recommandations dans les domaines visés au présent paragraphe et, si nécessaire, elle appuie l'action des États membres par des actions d'encouragement visant à protéger et à améliorer la santé humaine.

4. En application de l'article I.13, L'Union contribue à la réalisation des objectifs visés au présent article, lorsque l'effet au niveau européen est significatif, en adoptant les lois ou lois – cadre contenant:

- a) les mesures nécessaires pour prévenir les causes graves de danger pour la santé humaine ou les maladies et affections humaines;**
- b) les mesures de lutte contre les menaces pour la santé, y compris les maladies transmissibles et la dissémination volontaire d'agents biologiques ou chimiques.**

Explication éventuelle :

Nous proposons que l'article soit inséré après l'article 126, en effet les compétences en matière de santé publique ne se limitent pas aux "domaines où l'Union peut décider de mener une action de coordination, de complément et d'appui".

Cet article fixe les objectifs de l'Union dans le secteur de la santé publique (paragraphe 1). La responsabilité principale de leur réalisation incombe aux États membres (paragraphe 2). Toutefois, conformément aux articles I.13 et I.16 du Traité constitutionnel, il convient de fixer les compétences respectives des États membres et de l'Union. Aussi, la coopération entre l'Union et les États membres et, le cas échéant, des mesures d'encouragement pourraient s'avérer nécessaires dans un vaste éventail d'actions (paragraphe 3). De plus, l'Union peut être amenée à entreprendre une coordination législative en adoptant des mesures strictement nécessaires (paragraphe 4).

L'actuel article 152 comporte une "clause horizontale" selon laquelle un niveau élevé de protection de la santé humaine est assuré dans la définition et la mise en œuvre de toutes les politiques et actions de la Communauté. Cette clause doit impérativement être maintenue. Elle est intégrée dans notre proposition d'amendement visant à insérer dans un article 2 bis une clause horizontale générale en matière sociale.

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : III-174 (ex 152)

By Mr Hain

Status : Member

Explanation (if any) :

The UK may wish to consider further Article III-174.

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of: PART III OF THE CONSTITUTION, Article III – 174 (ex article 152)

By: Mrs. Marietta GIANNAKOU and Mr. Evripidis STYLIANIDIS

Status : - Member and Alternate

Suggestion

Article III–174 (ex Article 152)

1. A high level of human health protection shall be ensured in the definition and implementation of all the Union's policies and activities.

Action by the Union, which shall complement national policies, shall be directed towards improving public health, preventing human illness and diseases, and obviating sources of danger to human health. Such action shall cover the fight against the major health scourges, by promoting research into their causes, their transmission and their prevention, as well as health information and education.

The Union shall complement the Member States' action in reducing drugs-related health damage, including information and prevention. **This effort shall entail a multidisciplinary, balanced and integrated approach, based on the relevant information available, promoting the coordination of the Member States' action, both inside and outside the territory of the Union, as well as the exchange of good practices.**

2. The Union shall encourage cooperation between the Member States in the areas referred to in this Article and, if necessary, lend support to their action.

Member States shall, in liaison with the Commission, coordinate among themselves their policies and programmes in the areas referred to in paragraph 1. The Commission may, in close contact with the Member States, take any useful initiative to promote such coordination.

3. The Union and the Member States shall foster cooperation with third countries and the competent international organisations in the sphere of public health.

4. A European law or framework law shall contribute to the achievement of the objectives referred to in this Article by establishing measures enabling common safety concerns to be met, in particular:

(a) measures setting high standards of quality and safety of organs and substances of human origin,

blood and blood derivatives; these measures shall not prevent any Member State from maintaining or introducing more stringent protective measures;

(b) by way of derogation from [Article III–122 (ex 37)], measures in the veterinary and phyto sanitary fields which have as their direct objective the protection of public health;

The European law or framework law shall be adopted after consultation of the Economic and Social Committee and the Committee of the Regions.

5. A European law or framework law may also establish incentive measures designed to protect and improve human health, excluding any harmonisation of the laws and regulations of the Member States. It shall be adopted after consultation of the Committee of the Regions and the Economic and Social Committee.

6. For the purposes set out in this Article, the Council, on a proposal from the Commission, may also adopt recommendations.

7. Union action in the field of public health shall fully respect the responsibilities of the Member States for the organisation and delivery of health services and medical care. In particular, measures referred to in paragraph 4(a) shall not affect national provisions on the donation or medical use of organs and blood.

Explanation (if any) :

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : III-174

By Mr : Joschka Fischer

Status : - Member

Artikel III-174 (ex-Artikel 152)

(1) Bei der Festlegung und Durchführung der Politik und Maßnahmen der Union in allen Bereichen wird ein hohes Gesundheitsschutzniveau sichergestellt.

Die Tätigkeit der Union ergänzt die Politik der Mitgliedstaaten und ist auf die Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung, die Verhütung von Humankrankheiten und die Beseitigung von Ursachen für die Gefährdung der menschlichen Gesundheit gerichtet. Sie umfasst die Bekämpfung weit verbreiteter schwerer Krankheiten; dabei werden die Erforschung der Ursachen, der Übertragung und der Verhütung dieser Krankheiten sowie die Gesundheitsinformation und -erziehung gefördert.

Die Union ergänzt die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Verringerung drogenkonsumbedingter Gesundheitsschäden einschließlich der Informations- und Vorbeugungsmaßnahmen.

(2) Die Union fördert die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in den in diesem Artikel genannten Bereichen und unterstützt erforderlichenfalls deren Tätigkeit.

Die Mitgliedstaaten koordinieren untereinander im Benehmen mit der Kommission ihre Politik und ihre Programme in den in Absatz 1 genannten Bereichen. Die Kommission kann in enger Verbindung mit den Mitgliedstaaten alle Initiativen ergreifen, die dieser Koordinierung förderlich sind.

(3) Die Union und die Mitgliedstaaten fördern die Zusammenarbeit mit dritten Ländern und den für das Gesundheitswesen zuständigen internationalen Organisationen.

(4) Europäische Gesetze oder Rahmengesetze tragen zur Verwirklichung der Ziele dieses Artikels bei, indem folgende Maßnahmen festgelegt werden, ~~die es ermöglichen, den gemeinsamen Sicherheitsanliegen Rechnung zu tragen, insbesondere:~~

- a) Maßnahmen zur Festlegung hoher Qualitäts- und Sicherheitsstandards für Organe und Substanzen menschlichen Ursprungs sowie für Blut und Blutderivate; diese Maßnahmen hindern die Mitgliedstaaten nicht daran, strengere Schutzmaßnahmen beizubehalten oder einzuführen;
- b) abweichend von [Artikel III-122 (ex-37)] Maßnahmen in den Bereichen Veterinärwesen und Pflanzenschutz, die unmittelbar den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung zum Ziel haben.
- c) Maßnahmen zur epidemiologischen Überwachung übertragbarer Krankheiten sowie zur Schaffung eines Frühwarn- und Reaktionssystems zur Verhütung und Kontrolle dieser Krankheiten; diese Maßnahmen hindern die Mitgliedstaaten nicht daran, strengere Schutzmaßnahmen beizubehalten oder einzuführen.

Die Europäischen Gesetze oder Rahmengesetze werden nach Anhörung des Ausschusses der Regionen und des Wirtschafts- und Sozialausschusses erlassen.

(5) Durch Europäische Gesetze oder Rahmengesetze können auch Fördermaßnahmen, die den Schutz und die Verbesserung der menschlichen Gesundheit zum Ziel haben, unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten festgelegt werden. Sie werden nach Anhörung des Ausschusses der Regionen und des Wirtschafts- und Sozialausschusses erlassen.

(6) Für die in diesem Artikel genannten Zwecke kann der Rat ferner auf Vorschlag der Kommission Empfehlungen abgeben.

(7) Bei der Tätigkeit der Union im Bereich der Gesundheit der Bevölkerung wird die Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Organisation des Gesundheitswesens und die medizinische Versorgung in vollem Umfang gewahrt. Insbesondere lassen die Maßnahmen nach Absatz 4 Buchstabe a die einzelstaatlichen Regelungen über die Spende oder die medizinische Verwendung von Organen und Blut unberührt.

Explanation (if any) :

Durch diese Regelung werden die Empfehlungen der Arbeitsgruppe "Soziales Europa" umgesetzt: es wird für den Bereich der gemeinsamen Sicherheitsanliegen eine Konkretisierung in Bezug auf übertragbare Krankheiten und Seuchen vorgenommen. Dabei wird klargestellt, dass ein höheres Schutzniveau der Mitgliedstaaten möglich bleibt. Anderenfalls werden die bisher eng umrissenen Zuständigkeiten der Union zu bloßen Beispielen. Die Zuständigkeit der Union im Gesundheitswesen wäre nicht hinreichend klar bestimmt.

AMENDMENT FORM

Part III - Chapter V: Public Health
Suggestion for amendment of Article : III 174

By Members: Mr Andrew Duff

Article III-174 (Ex-article 152)

1. The Union shall contribute to a high level of physical and mental health by obviating sources of danger to human health and combating major health scourges with a European dimension. It shall complement and co-ordinate national policies in this area.

2. The Union shall fully respect the responsibilities of the Member States for the organisation and delivery of health services and medical care. In particular, measures referred to in paragraph 4(a) shall not affect national provisions on the donation or medical use of organs and blood.

3. In accordance with Article I.15, the Union shall encourage cooperation between the Member States directed towards improving health, preventing human illness and diseases, and obviating sources of danger to human health:

- a) the fight against the major health scourges, by promoting research into their causes, their transmission and their prevention, as well as health information and education;*
- b) the fight against serious health threats and risks.*

The Union shall adopt recommendations in the areas referred to in this paragraph and, if necessary, lend support to their action through incentive measures designed to protect and improve human health.

4. In accordance with Article I.12, the European Parliament and the Council, in accordance with the legislative procedure, shall contribute to the achievement of the objectives referred to in this Article where there is a significant impact at European level, through adopting:

- a) measures necessary to obviate serious sources of danger to human health or prevent human illness and diseases;*
- b) measures to combat threats to health, including communicable diseases and the deliberate release of biological or chemical agent.*

Explanation:

The objectives of this article badly needs to be modernised to provide the necessary instruments to effectively respond to the real and new threats that exist from cross-border communicable disease, such as SARS.

We have also sought to re-adjust the article to focus on human health rather than that of animals.

FICHE AMENDEMENT

Proposition d'amendement à l'Article III-174

Déposée par Monsieur de Villepin

Qualité : - Membre

1. Un niveau élevé de protection de la santé humaine est assuré dans la définition et la mise en œuvre de toutes les politiques et actions de l'Union.

2. En vue d'atteindre les objectifs fixés à l'article 3 de la présente constitution, l'Union agit pour compléter et pour coordonner les politiques nationales conduites dans ce domaine.

L'action de l'Union, ~~qui complète les politiques nationales,~~ porte sur l'amélioration de la santé publique et la prévention des maladies, des affections humaines et des causes de danger pour la santé humaine. Cette action comprend également la lutte contre les grands fléaux, en favorisant la recherche sur leurs causes, leur transmission et leur prévention ainsi que l'information et l'éducation en matière de santé ; **la surveillance, l'alerte et la lutte contre les menaces et les risques graves accidentels ou intentionnels qui peuvent avoir une dimension européenne.**

L'Union complète l'action menée par les États membres en vue de réduire les effets nocifs de la drogue sur la santé, y compris par l'information et la prévention.

3. L'Union encourage la coopération entre les États membres dans les domaines visés au présent article et, si nécessaire, elle appuie leur action.

Les États membres coordonnent entre eux, en liaison avec la Commission, leurs politiques et programmes dans les domaines visés au paragraphe ~~1~~ **2**. La Commission peut prendre, en contact étroit avec les États membres, toute initiative utile pour promouvoir cette coordination.

4. L'Union et les États membres favorisent la coopération avec les pays tiers et les organisations internationales compétentes en matière de santé publique.

5. ~~La loi ou la loi-cadre européenne contribue à la réalisation des objectifs visés au présent article en établissant des mesures qui permettent de faire face aux enjeux communs de sécurité, notamment :~~ **Conformément à l'article 11 de la présente constitution, les domaines de compétence partagée entre l'Union et les États membres concernent :**

- a) Des mesures fixant des normes élevées de qualité et de sécurité des organes et de substances d'origine humaine, du sang et des dérivés du sang ; ces mesures ne peuvent empêcher un État membre de maintenir ou d'établir des mesures de protection plus strictes ;
- b) **l'établissement de normes élevées de qualité et de sécurité des produits de santé et des dispositifs à usage médical ;**
- c) par dérogation à [l'ex-article 37], des mesures dans les domaines vétérinaire et

phytosanitaire ayant directement pour objectif la protection de la santé publique ;

- d) l'établissement de mesures relatives aux produits ayant un effet nocif, grave et reconnu sur la santé, qui ont directement pour objectif la protection de la santé publique.**

La loi ou la loi-cadre européenne est adoptée après consultation du Comité des régions et du Comité économique et social.

6. La loi ou la loi-cadre européenne peut également établir des mesures d'encouragement visant à protéger et à améliorer la santé humaine, à l'exclusion de toute harmonisation des dispositions législatives et réglementaires des États membres. Elle est adoptée après consultation du Comité des régions et du Comité économique et social. **Les États membres demeurent toutefois libres, pour des motifs de santé publique, de maintenir ou établir des dispositions et des normes plus strictes que celles mises en œuvre dans le cadre de l'harmonisation.**

7. Aux fins énoncées dans le présent article, le Conseil, sur proposition de la Commission, peut également adopter des recommandations.

8. L'action de l'Union dans le domaine de la santé publique respecte pleinement les responsabilités des États membres en matière d'organisation et de fourniture de services de santé et de soins médicaux. En particulier, les mesures visées au paragraphe 4, point a), ne portent pas atteinte aux dispositions nationales relatives aux dons d'organes et de sang ou à leur utilisation à des fins médicales.

FICHE AMENDEMENT

Proposition d'amendement à l'Article III-174bis

Déposée par Monsieur de Villepin

Qualité : - Membre

Un article sur les «Soins Transfrontaliers »
(soit complétant l'ex-article 42 soit autonome)

« 1. L'Union encourage les Etats membres, dans le cadre de la coordination mise en place entre les régimes nationaux de protection sociale, à coopérer afin d'améliorer l'offre de soins de qualité et de favoriser la complémentarité de leurs structures de soins, notamment dans les régions frontalières.

2. L'Union encourage les Etats membres à développer des accords de coopération entre leurs structures de soins, afin de permettre aux patients relevant du système de protection sociale d'un Etat membre de bénéficier de soins de qualité dispensés dans un autre Etat membre, dans le respect des principes suivants :

- a) la solidarité entre les structures concernées, en considération des règles d'organisation et de gestion propres à chaque système national de santé ;**
- b) la disponibilité effective de l'offre de soins adéquate dans un autre Etat membre, au regard notamment des capacités des établissements concernés relevant du système local de soins de santé;**

l'égalité entre les patients du traitement médical mis en œuvre dans la structure où les soins sont dispensés ».

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendement of Article III – 174

By Mr Proinsias De Rossa

Status : - Member

Article III – 174

Add a new third paragraph to Article III – 174.1 (ex-Article 152 - public health)

The Union shall complement the Member States' action in attaining the general objective of providing a high level of protection from interpersonal violence, including protection of physical and mental health, and of reducing incidences of such violence.

Explanation (if any) :

Strengthens the legal base for programmes seeking to tackle violence, in particular, (but not exclusively), against children, young people and women, such as the current very successful DAPHNE Programme. The amendment is also consistent with the right to integrity of the person, provided for in Title I, Article II-3.1

FICHE AMENDEMENT

Proposition d'amendement à l'Article : III-174

Déposée par Josep Borrell, Carlos Carnero, Diego Lopez-Garrido

Qualité :

Article III-174

Add to last phrase in second paragraph:

...the major health scourges, **including inter personal violence and in particular violence against women**, by promoting....

FICHE AMENDEMENT

Proposition d'amendement à l'Article III-174

Déposée par MM. Barnier, Vitorino, O'Sullivan et Ponzano

Qualité : Membres et Suppléants

Article III-174 (ex-article 152) (santé publique)

Remplacer le texte actuel par :

1. L'Union contribue à un niveau élevé de santé physique et mentale par la prévention des causes de danger pour la santé humaine et par la lutte contre les grands fléaux revêtant une dimension européenne. Elle complète et coordonne les politiques nationales dans ce domaine.

Un niveau élevé de protection de la santé humaine est assuré dans la définition et la mise en œuvre de toutes les politiques et actions de l'Union

2. Dans le domaine de la santé publique, l'Union respecte pleinement les responsabilités des États membres en matière d'organisation et de fourniture des services de santé et de soins médicaux. En particulier, les mesures visées au paragraphe 4 ne portent pas atteinte aux dispositions nationales relatives aux dons d'organes et de sang ou à leur utilisation à des fins médicales.

3. L'Union et les États membres favorisent la coopération avec les pays tiers et les organisations internationales compétentes en matière de santé publique.

4. En application de l'article I.13, paragraphe 2, dernier alinéa, et en vue de réaliser les objectifs visés au présent article, lorsque l'effet au niveau européen est significatif, la loi ou la loi-cadre européenne établit :

a) les mesures nécessaires pour prévenir les causes graves de danger pour la santé humaine ou les maladies et affections humaines;

b) les mesures de lutte contre les menaces pour la santé, y compris les maladies transmissibles et la dissémination volontaire d'agents biologiques ou chimiques.

5. En application de l'article I-16, paragraphe 2, deuxième alinéa et en vue d'encourager la coopération entre les États membres axée sur l'amélioration de la santé et la prévention des maladies et des affections humaines et des causes de danger pour la santé humaine, la loi ou la loi-cadre européenne établit les mesures nécessaires pour lutter :

a) contre les grands fléaux, en favorisant la recherche sur leurs causes, leur transmission et leur prévention ainsi que l'information et l'éducation en matière de santé;

b) contre les menaces et les risques graves pour la santé.

Explication : Pour donner suite à la décision de distinguer entre les aspects de cette politique qui relèvent de la compétence partagée et ceux qui relèvent de la compétence complémentaire de l'Union, il faut envisager une réécriture de cet article ce qui permet également de mettre en œuvre certaines recommandations du groupe Europe Sociale, présidé par M. Katiforis, que la Convention plénière a bien accueilli.